



Nr. 118. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 10. März 1880.

Deutschland.

Berlin, 9. März. [Se. Majestät der Kaiser und König nahm heute militärische Meldungen so wie die Vorträge des Polizeipräsidenten, des Chefs der Admiralität und des Chefs des Militär-Cabinetts entgegen und empfing Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen unmittelbar nach dessen Ankunft.]

[Beide Kaiserliche Majestäten] waren gestern in der Versammlung zur Besprechung der Aufgaben der inneren Mission in der Aula des Wilhelms-Gymnasiums anwesend. (R. Anz.)

Bei dem Ministerium des Innern ist der Geheime Kanzlei-Assistent Lehmann zum Geheimen Kanzlei-Sekretär ernannt worden.

○ Berlin, 9. März. [Die Besetzung der neuen Directorstelle im Reichspostamt. — Keine polizeiliche Verrichtung der Loope von in Preußen nicht erlaubten Lotterien.] Über die Besetzung der neuen Directorstelle im Reichspostamt ist, wie wir zuverlässig erfahren (siehe auch das bezügliche Berliner Telegramm im Morgenblatt), noch keinerlei Beschluss gefasst, da doch jedensfalls abgewartet werden muß, ob der Reichstag die betreffende Position genehmigt. Wenn verschlechte Blätter, u. a. auch die „Nat.-Btg.“, in der Morgennummer vom 9. d. Ms. bereits bestimmte Personen für die neue Directorstelle bezeichnen, so ist dies völlig aus der Lust gegriffen. — Die Minister des Innern und der Finanzen haben gemeinsam verfügt, daß die Polizeibehörden sich künftig der polizeilichen Vernichtung von Loozen zu auswärtigen, in Preußen nicht zugelassenen Lotterien zu enthalten haben; die früheren beschäftigten Anordnungen werden aufgehoben. In welchen Fällen noch die Beschlagnahme solcher Looze zu bewirken und wie mit denselben im Interesse der Strafrechtspflege zu verfahren sein wird, bestimmt sich nach den Grundsätzen der Strafprozeßordnung.

= Berlin, 9. März. [Der Justizausschuß des Bundesrates und die Bucherfrage. — Die Vorlage über die Erhöhung der Lizenzgebühren für den Kleinverkauf von geistigen Getränken. — Kaiser und Kronprinz.] Wir haben bereits gemeldet, daß der Justizausschuß des Bundesrates sich mit dem Gesetz, betreffend den Bucher beschäftigt hat. Unsere Annahme, daß der Entwurf bereits in der nächsten Plenarsitzung des Bundesrates zur Entscheidung und damit also in den nächsten Tagen an den Reichstag gelangen würde, hat volle Bestätigung gefunden. Der Justizausschuß hat die Artikel 2 und 3 der Vorlage unverändert angenommen, dagegen für Artikel 1 folgende Fassung beantragt: Hinter den § 302 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich werden die folgenden neuen §§ 302 a, 302 b, 302 c, 302 d eingestellt: „§ 302 a. Wer unter Ausbeutung der Notlage, des Leidhafens oder der Unerfahrenheit eines Anderen für ein Darlehen oder im Falle der Stundung einer Geldforderung sich oder einem Dritten Vermögens-Vorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den üblichen Ansatz dergestalt überschreiten, daß nach den Umständen des Falles die Vermögensvorteile in auffälligem Missverhältnisse zu der Leistung stehen, wird wegen Buchers mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. — § 302 b: Wer sich oder einem Dritten die wucherlichen Vermögensvorteile (§ 302 a) verschleiert oder wechselmäßig oder unter Verfälschung der Ehre, auf Ehrenwort, eidlich oder unter ähnlichen Versicherungen oder Betheuerungen versprechen läßt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und zugleich mit Geldstrafe bis zu sechstausend Mark bestraft. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. — § 302 c: Dieselben Strafen treffen denjenigen, welcher mit Kenntniß des Sachsvorhalts eine Forderung der vorbezeichneten Art erwirkt und entweder dieselbe weiter veräußert oder die wucherlichen Vermögensvorteile geltend macht. — § 302 d. Wer den Bucher gewerbs- oder wechselmäßig betreibt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und zugleich mit Geldstrafe von 150 bis zu 15,000 Mark bestraft. Auch ist auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen.“ — Gegen Ende des vorigen Jahres war dem Bundesrat ein Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhöhung der Lizenzgebühren für den Kleinverkauf von geistigen Getränken vorgelegt worden. Dieser Entwurf ist jetzt zurückgezogen und ein anderer dem Bundesrat zugegangen. Die Haupthebemaßnahmen desselben sind bereits telegraphisch gemeldet worden. Wir teilen nachstehend den Wortlaut der Vorlage mit:

§ 1. Die Lizenzgebühren, welche nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften für den Kleinverkauf von geistigen Getränken (Branntwein und Liqueur, Wein, Bier und Meth) zu entrichten sind, werden derart erhöht, daß dieselben in Gemeinden mit weniger als 2000 Seelen vierteljährlich 25 Mark, von 2000 bis 10,000 Seelen vierteljährlich 50 Mark, über 10,000 Seelen vierteljährlich 75 Mark betragen. Als Kleinverkäufer von geistigen Getränken ist anzusehen, wer Wein, Bier, Meth, Branntwein oder Liqueur zum Verzehr auf dem Platz, sowie wer Bier oder Wein in Mengen unter 25 Liter oder Branntwein und Liqueur in Mengen unter 15 Liter über die Strafe verlängt. Kleinverkäufer, welche das Feilbieten von Spiritus ausschließlich auf denaturierten Spiritus, unter Beachtung der wegen dessen Betriebes bestehenden Vorschriften beschränken, sind der Lizenzgebühr nicht unterworfen. — § 2. Die Eintheilung der Gemeinden nach der Seelenzahl (§ 9) bestimmt sich nach den bei der letzten amtlichen Volkszählung ermittelten Bahnen der ortsbewohnden Bevölkerung der einzelnen Gemeinden. — § 3. Personen, welche den Kleinverkauf der in § 1 genannten Getränke betreiben, sind verpflichtet, den von der Steuerbehörde ertheilten Lizenzchein an einer in die Augen fallenden Stelle ihres Verkaufslokals derart anzubringen, daß von dessen Inhalt leicht Kenntniß genommen werden kann. — § 4. Wer ohne vorgängige Entrichtung der in § 1 festgelegten Gebühren den Kleinverkauf der eben dafelbst genannten Getränke betreibt, hat die im Artikel 171 des Gesetzes vom 28. April 1816 angedrohte Strafe verübt. Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen des § 3 werden mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark bestraft. — § 5. Dieses Gesetz tritt mit dem . . . in Kraft.“

Se. Majestät der Kaiser wird sich, wie wir hören, in der dritten Aprilwoche zu mehrwochentlichem Kurgebrauche nach Wiesbaden begieben und später, wahrscheinlich im Juni, nach Ems gehen. — Se. R. K. Hoheit der Kronprinz, der heute hier angekommen ist und noch einmal nach Pegli zurückgeht, um seine Gemahlin von dort nach Potsdam zu begleiten, soll beabsichtigen, im Frühjahr seine Schwiegermutter, die Königin von England, in Baden-Baden aufzusuchen, wo dieselbe einen längeren Aufenthalt zu nehmen gedenkt.

○ Berlin, 9. März. [Diplomatische Actenstücke und militärische Lage. — Aus der Militärcommission. — Stellung der Ärzte zur Medicinalreform. — Petition

um Einführung von Innungszwang. — Das Kronprinzipalische Chapeau.] Gutem Vernehmen nach hat der Reichskanzler eine Zusammenstellung diplomatischer Actenstücke veranlaßt, welche die Beläge für die deutschfeindliche Politik Russlands enthalten. Darunter befinden sich auch die Documente für die Allianzschläge Goritschakoff an die französischen Staatsmänner. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß auf Grundlage dieses actenmäßigen Materials an eigentlich leitendem Orte die Überzeugung sich herausgestellt hat, wie berechtigt die bisherige deutsche Politik gegenüber den russischen Ambitionen verfuhr. Wie aus Petersburger Briefen von versteter Seite hervorgeht, scheint man sich dort darüber beunruhigt zu fühlen, daß auch andere Cabinets über das zweideutige Verhalten Russlands unterrichtet worden sind. Jedenfalls ist es dem Pariser Cabinet zu danken, daß die Allianzbestrebungen Russlands nicht Fuß fassen konnten; und es ist beinahe unbegreiflich, wie nach diesen Vorgängen Russland sich mit der Hoffnung tragen konnte, daß in einer, die nationale französische Empfindlichkeit so nahe berührenden Frage, wie jene Ausslieferung eines politischen Flüchtlings es ist, Frankreich dem Phantom einer Allianz zu liebe das Asylrecht preisgeben werde. Fürst Bismarck charakterisierte dann auch auf seinem gestrigen parlamentarischen Diner das Verhalten der französischen Regierung als durchaus correct, zog aber gleichzeitig den Schluß daraus, daß ernsthafte Unterbrechungen der russisch-französischen Beziehungen durch den Zwischenfall nicht herbeigeführt werden würden. Mit diesem Ausspruch ist denn auch die Linie gezogen, welche die deutsche Politik sich für ihr künftiges Verhalten gegenüber den beiden Mächten vorzeichnet. Gerade in unseren Regierungskreisen und speziell unter den hohen Militärs wird hervorgehoben, daß Frankreich sowohl bei der Ablehnung der russischen Bündnispropaganda, als auch beim Fall Hartmann nur dem Zwange der Umstände gefolgt sei. Man weiß darauf hin, daß seitens der Reichsregierung in der heutigen ersten Commissionssitzung des Reichstages in Sachsen des Militärgezuges Erklärungen abgegeben worden sind, die deutlich genug darthun, wie sehr wir Ursache haben, Frankreich gegenüber auf dem qui vive zu sein. In Paris werden die Mitteilungen aus der Militärcommission vielleicht nicht weniger Bedenken hervorrufen, als in Petersburg die Zustimmung Bismarcks zur Freilassung des soi-disant Attentäters Hartmann. Nach den Versicherungen hiesiger Militärs wird die französische Armee reorganisiert bis zu Ende dieses Jahres vollständig beendet sein und damit die Voraussetzung des Reichskanzlers von einem zweiten Kriege in eine drohendere Perspektive treten. Indessen will man von liberaler Seite diese Propheteien nicht gelten lassen, weil man sie auf das Conto der Militärvorlage setzt, die mit möglichst großer Majorität vom Reichstage bewilligt werden soll. Die Militärcommission des Reichstages zur Vorberathung der Militärgezognovelle trat heute zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zunächst wurde beschlossen, die Generaldiscussion an § 1 anzuschließen und die Abstimmung erst nach Diskussion der §§ 1, 2 und 3 erfolgen zu lassen. Der Referent Abg. v. Maßahn-Gütz entwickelte die aus der Militärgezognovelle resultierende Vermehrung der Armee. Regierungs-Commissar General von Verdu du Bernois führte aus, daß wir die letzten Siege nur durch die Überlegenheit an Zahl errungen hätten, jetzt aber durch Franzosen und Russen überflügelt seien. Mit Hinzurechnung des 13. und 14. Jahrganges betrage die Überlegenheit der Ersteren ca. 200,000 Mann. Für uns gelte das Principe, durch die Offensive im Feindesland das Vaterland zu verteidigen. Beide Länder hätten einen Gürtel von Festungen, die sich nahe gegenüberliegen, und durch die Nothwendigkeit, französische Sperrforts zu nehmen, würden unsere Truppen geschwächt. Er gab zu, daß die französischen Bataillone schwächer seien; dieser Vorteil würde aber durch bessere Ausbildung der Reserven, Sperrforts &c. kompensirt. Die Russen dagegen hätten abgekürzte Soldaten. Abg. von Heereman charakterisierte den Standpunkt des Centrums und erklärt, daß es bewilligen wolle, was nothwendig sei. Die gemachten Vorschläge gewährten der Armee zwar Vorteile, es fragt sich aber, ob sich die neue Belastung rechtfertige. Der Reichskanzler selbst habe gesagt, daß die direcen Steuern gemindert werden müssten. Das Centrum sehe von den Fragen der zweijährigen Dienstzeit und des Pauschalzantums ab, da doch keine Aussicht auf Erfolg sei. Kriegsminister v. Kameke bemerkte, daß zwar keine acute Gefahr vorhanden sei, aber normale Zustände nicht beständen. Das Vaterland müsse allen Chancen gewachsen sein, denn das Plus des französischen Heeres sei sehr bedeutend. Abg. Richter (Hagen) verlangt die Vorlegung weiteren Materials und weist nach, daß im Ordinarium die Pensionen nicht inbegriffen seien, im Extraordinarium aber die Kosten der vermehrten Kasernierung fehlten. Es fragt sich, welche Kosten aus der folgenden Vermehrung der prima plana erwachsen. Endlich müßten die Abstiften bezüglich der Heranziehung der Ersatzreserve klarer gestellt werden. Was die französischen Einrichtungen anbelange, so seien ihre neuen Organisationen schon 1874 vorhanden gewesen und damals von der Reichsregierung anerkannt worden, daß wir mit der gesetzlich regulirten Heeresstärke überlegen seien. Die französische Staatshebung sei viel geringer als die designirte, auch existire der Nachsatz nicht, welcher sich bei uns auf ca. 10 p.C. stelle. Dort seien ca. 8000 Mann weniger ausgebunden. Die Reserve der Territorialarmee steht nur auf dem Papier. Die französische Armee mit 497,000 Mann sei gar nicht mit unseren 401,000 Mann zu vergleichen. In Frankreich wären Gendarmerie, Offiziere, Militär - Verwaltungs - Beamte, Cadetten &c. eingerechnet, während dies bei uns nicht der Fall sei. Nachdem Redner die Inferiorität der Territorialarmee und die deuxième portion nachgewiesen, gelangte er zu dem Resultat, daß die französische active Dienstzeit hinter der unsrigen von 2½ Jahren zurückbleibe. Seines Wissens hätte Deutschland ebenfalls Sperrforts wie Frankreich. Dort ergänze man die Regimenter nicht landschaftlich wie hier, was für uns ein Vorteil sei. Er werde in der Commission keine Anträge stellen, sich aber an den von anderer Seite gestellten betheiligen. Kriegsminister von Kameke betonte, daß gegenüber dem Staat an Offizieren 10 p.C. an Unteroffizieren 5 p.C. fehlen. Regierungs-Commissar Major von Funk hebt hervor, daß die französische Cadreformation die Absicht dokumentire, die Massen, welche das Heeresgesetz zur Verfügung stelle, auch zu benutzen. Die russische Armee in Kriegsformation stelle 1,178,000 Combattanten in der Infanterie. Auf Frankreich übergehend, gab er die Zahl der

drei-jährig Freiwilligen auf 10—12000 Mann, die Fremdenlegion auf 15000 Mann an. Dazu kämen noch die Marinevolksdienste. Die französische Aushebung sei um einige Tausend Mann höher, nicht geringer. Frankreich habe ein Übergewicht von 1500 Berufsoffizieren. Die französische Effectivstärke sei um 30,000 Mann höher als bei uns. Abg. Richter stellt entschiedene Fragen, z. B. ob nicht die einjährig Freiwilligen eingerechnet werden könnten. Er sei nicht für die jährliche Bewilligung der Präsenzstärke, aber ein Zeitraum von sieben Jahren sei zu lang bemessen, und er werde einen Antrag stellen, sie auf fünf Jahre zu kürzen, damit diese Frage nicht bei jeder Wahl spiele. Redner wendet sich sodann gegen die Abg. v. Heereman und Richter und spricht sich für die Bewilligung aus. Die Abg. v. Willrich und Graf Sölberg plaudiren für die Vorlage. Der Abg. v. Schorlemers-Alst wendet sich gegen Richter und die sonstigen Vertheidiger der Vorlage und führt noch aus, daß wir jetzt das frühere Ausfallthor Frankreichs: Elsass-Lothringen, hätten. Er wünscht im Text des Gesetzes aufgenommen, daß nur die abkömmlingen Ersatzreservisten eingezogen werden. Der Abg. Stephani, welcher sich für die Vorlage ausspricht, will für die Ersatzreserve die näheren Feststellungen über die Zahl der Einzuwerbenden und im § 1 statt des Princips, bezüglich der Methode der Berechnung, die Zahl, das Facit, das sich ergiebt, eingestellt haben. Der Kriegsminister v. Kameke legt dar, daß von der Quote, welche jährlich zur Ersatzreserve gezogen werden, 12,000 Mann gewonnen werden sollen. Es würden dadurch 2,300,000 Mark Kosten erwachsen und jährlich 48,000 Mann einerseits werden. Dieselben werden der Reserve und Landwehr auferlegt. Die Behörden, welche über die Einstellung der Truppen entscheiden, befinden auch über die Einstellung zu den Übungen der Ersatzreserve. Er hat die Friedenspräsenzstärke auf 7 Jahre festzustellen. Aus den Ausführungen des Abg. Richter ist hervorzuheben, daß, wenn die Ersatzreserve für jedes Jahr festgestellt werde, man auch die Friedenspräsenzstärke jährlich feststellen könnte. An die Ersatzreserve schließt sich die Frage der Compensation an. Die Ersatzreserven würden am besten in die Präsenzstärke eingerechnet, wie früher die eingezogene Landwehr. Bis 1875 wären tatsächlich die Einfach-Freiwilligen in die Präsenzstärke eingerechnet worden. Es gäbe nur entweder geringere Rekrutierung oder kürzerer Dienstzeit und nur die letztere komme in Frage. Er nehmte an, daß die Regierung es nur auf diejenigen Ersatzreservisten abgesehen habe, welche durchs Los oder durch einen unwesentlichen Fehler frei würden. Wir haben nach der Gesetzesvorlage 10,000 Mann mehr wie Frankreich und letzteres würde daher auch wieder rüsten. Regierungs-Commissar Major Funk bemerkte, daß man nur auf 385,000 Mann komme, wenn die Manquements abgezogen würden; die effective Verpflichtungsstärke beträfe 367,000 Mann. Es sei besser, starke Friedenscadres zu bilden und im Kriege neue Formationen zu schaffen. Die Zahl der ausgebildeten Ersatzreserve festzustellen, sei nicht zweckmäßig, weil die Lattitude möglich mache, bei Gefahr einen sofortigen wesentlichen Zuwachs zu schaffen. Frankreich brauche nur in älter Truppen zu lassen, während wir an der entgegengesetzten Grenze Truppen aufstellen müßten. Der Abg. Richter betont, daß in Frankreich das Gefühl der Nothwendigkeit von Aufwendungen für die Kriegstüchtigkeit einstimmiger zum Ausdruck käme, als bei uns, und wendet sich alsdann gegen die Abg. v. Schorlemers-Alst und Richter. Er bittet, jetzt schon Anträge in die Commission zu bringen; seine Freunde würden sie mitberathen und würden sich nicht von ihren Wählern schaften abhängig machen. Eine jährliche Feststellung der Präsenzstärke halte seine Partei nicht nötig. Nach einer kurzen Replik des Abg. von Schorlemers-Alst kommt der Abg. Richter noch einmal auf die Friedenspräsenz zurück, und legt namentlich dar, daß wir die nötigen neuen Offiziere nur durch Schwächung des alten Offizier-Cadres erhalten könnten. — Aus dem nachträglich erstatteten Berichte der Petitionscommission des Abgeordnetenhauses über die Petitionen wegen Errichtung von Gewerbefammern ist von besonderem Interesse eine Auslassung, die ohne Zweifel das einzige ärztliche Mitglied der Commission, Dr. Thilenius, zum Urheber hat. Ein Mitglied der Commission, wie der Bericht unter hergebrachter Wahrung der Anonymität sagt, wies auf die Analogie hin, welche zwischen Bestrebungen des ärztlichen Standes und denen des Handwerkerstandes nach festerer Organisation und kräftigem Schutz der Interessen zu Tage trete. Durch das Gewerbegez. seien die Ärzte in ihren Beziehungen zum Staat den anderen Gewerbetreibenden insoweit gleichgestellt, als auch für die ersten keinerlei gesetzlicher Zwang zur Ausübung des Gewerbes (Zwang zur Gewährung ärztlicher Hilfe) mehr bestehe. Da nun das Gebiet dieses Gewerbe-Betriebes als ein vollkommen homogenes, und der Bildungsstand der Bevölkerung als ein hoher sich darstelle, böten die Vorgänge in der ärztlichen Welt um so bessere und klarere Vergleichspunkte. Schon sehr bald nach der Unterstellung der Ärzte unter das Gewerbegez. und der Freigabe der Praxis habe man in den ärztlichen Kreisen erkannt, daß die durch das Gesetz zu erwerbende Qualification als „Arzt“ nicht ausreiche, um die Ehre des Standes gegen Herabwidrigung durch Charlatanismus, Pfuscherdum und Illoyalität in den collegialen Beziehungen zu sichern, den ärztlichen Verkehr mit dem Publikum in feste, auch den nötigen Interessenschutz gewährende Normen zu bringen. Ferner ergab sich die Nothwendigkeit, die Nachtheile, welche aus der völligen Loslösung des ärztlichen Standes gegen Herabwidrigung durch Charlatanismus, Pfuscherdum und Illoyalität in den collegialen Beziehungen zu sichern, den ärztlichen Verkehr mit dem Publikum in feste, auch den nötigen Interessenschutz gewährende Normen zu bringen. Ferner ergab sich die Nothwendigkeit, die Nachtheile, welche aus der völligen Loslösung des ärztlichen Standes von der Verbindung mit der Staatsverwaltung entsprangen und sich immer unangenehmer fühlbar machen, möglichst zu kompensieren, ohne die unshärbare Freiheit der Bewegung im Principe anzutasten. Man glaubte anfangs, in der Organisation von Vereinen und der autonomen Bildung von mit gewissen Disciplinarbefugnissen ausgerüsteten Ärztekammern das Problem zu lösen. Ganz unzweckhaft dürfe der Staat, sobald er Organisationen wie Ärztekammern mit den Atributen der Interessenvertretung gewisser Disciplinarbefugnisse, sowie einer bestimmten Verbindung mit der Staatsverwaltung legalisire, keinen als „Arzt“ approbierten Staatsbürger von der Teilnahme an solchen Vorteilen auszuschließen. Diese Erwägungen führen Ärzte wie Regierung immer mehr zu der Überzeugung, es könne in Preußen die seit Jahren erstrebte Medicinalreform allen Bedürfnissen und Wünschen nur dann thunlichst gerecht werden, wenn sie auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts aller „Ärzte“ den bestehenden Anwaltskammern nachgebildete „Ärztekammern“ auf dem Wege der Gesetzgebung schaffe. Dass neben denselben die ärztlichen Vereine nicht nur nicht überflüssig, sondern be-

huss der Erlangung der aus der festeren Organisation von selbst entspringenden Vortheile, deren nicht geringster die Möglichkeit der Einrichtung von Hilfsfassen sei, erst recht nothwendig würden, liege klar zu Tage. — Den Deutsch-Conservativen in Hannover scheint bei ihrer Allianz mit den welfischen Particularisten doch etwas bange geworden zu sein, ob sie wohl daran thun, im blinden Eifer ihrer Reactionsgesellschaft sich mit den Anhängern des Herzogs von Cumberland zu verbünden. Man erinnert sich wohl noch der besonders in Hannover heftig betriebenen Agitation für Einführung von Innungszwang, Lehrlings- und Gesellenprüfung u. s. w. Welfische Ultras hatten verflucht und zum Theil erreicht, daß diese Agitation unter ihrer Regie und als ein Theil ihres Programms betrieben wurde. Jetzt sind indessen die mit den politischen Veränderungen von 1866 Wohlzuständen unter den Conservativen von jenem Bündnis zurückgetreten, wie die in diesen Tagen endlich eingegangene Petition derselben an den Reichstag auf Wiederherstellung obligatorischer Innungen beweist. Diese Petition, die mit der immerhin ganz stattlichen Ziffer von 1040 Unterschriften versehen ist, betont nämlich in ihrem Eingange ausdrücklich, daß sie von den wahrhaft „Conservativen“ Hannovers, das will sagen von Nichtwelsen, ausgehe, und enthält im Übrigen das bekannte Zünftler-Programm, wie es aus Dutzenden ähnlicher Stiftungen sattsam bekannt ist. Besonders markant ist der Schluß, in welchem der Reichstag ersucht wird, „für den in großer Notlage befindlichen deutschen Handwerkerstand einzutreten und dahin wirken zu wollen, daß das einzige Rettungsmittel, durch welches für denselben gesunde Verhältnisse wieder eintreten könnten, die Einrichtung von Zwangs-Innungen, schnell ergreifen werde“. Man darf annehmen, daß der Reichstag über diese und verwandte Petitionen zur Tagesordnung übergehen wird. — Die heutige Rückkehr des Kronprinzen erfolgte auf persönlichen Wunsch des Kaisers, welchen dieser in einem eigenhändigen Briefe ausdrückte. Nach seinen Berichten befindet sich die Kronprinzessin und ihre Kinder im besten Wohlsein und lebt ihren künstlerischen Neigungen, während der Hofstaat sich in der Einsamkeit von Pegg mit Anstand langweilt.

[Der Allerhöchste Erlass vom 3. März 1880, betreffend Vereinigung der durch das Gesetz vom 25. Februar 1880 (Gesetz-Samml. S. 55) für den Staat erworbenen Homburger Eisenbahnen mit dem Bezirk der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Frankfurt a. M.] wird im „Reichsanzeiger“ publiziert.

[Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf ländliche Arbeiter.] Nach einer offiziösen Meldung soll im landwirtschaftlichen Ministerium keine Neigung zur Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf landwirtschaftliche Gewerbe vorhanden sein. Wie die „Woss. Zeit.“ hört, ist allerdings der landwirtschaftliche Minister Dr. Lucius der Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf die Landwirtschaft nicht sonderlich zugeneigt und der Meinung, daß eine größere Sicherheit der Arbeiter auch ohne besondere gesetzliche Bestimmungen herbeizuführen sei; jedoch wird im landwirtschaftlichen Ministerium mit nicht geringem Nachdruck auch die entgegengesetzte Ansicht vertreten. Ein Beschluss ist bis jetzt nicht gefasst worden und wird je nach dem Ausfall noch bevorstehender Erhebungen über die Frage der Ausdehnung der Haftpflicht auf die landwirtschaftlichen Gewerbe erfolgen. Vorausichtlich wird die preußische Staatsregierung sich für diese Ausdehnung entscheiden, da der Director des königl. statistischen Bureaus sich dahin ausgesprochen hat, daß positiv erwiesen sei, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter durch die Beschäftigung mit Thieren, sodann beim Zubrinen, vor Allem aber bei Bedienung der sich stetig mebrenden landwirtschaftlichen Maschinen sehr vielen und schweren Gefahren ausgesetzt seien und daß ein großer Theil dieser Arbeiter solchen Gefahren erliege. Herr Dr. Engel meint sogar, daß das Risiko, durch Maschinen Schaden zu nehmen, unter übrigens gleichen Umständen in der Landwirtschaft noch größer sei, als in der Industrie, da in Fabriken in der Regel auch ein Maschinenwärter zur Hand sei, der den Mechanismus der Maschinen genau kennt und bei etwaigen Gangstörungen derselben schnell und sicher das richtige Mittel zu deren Beseitigung anzuwenden wisse, dagegen bei der Landwirtschaft die Unwissenheit eines solchen Mannes zu den Seltenheiten gehört und die Gefahr der Verunglücksungen durch Maschinen in Folge schlechter oder falscher Behandlung derselben mit der häufigeren Verwendung leichterer wachse. In Übereinstimmung mit dieser Ansicht haben noch im vorigen Herbst die Minister des Innern, der Gewerbe- und der Landwirtschaft in einer gemeinschaftlichen Verfügung behufs Verhütung von Unglücksfällen bei landwirtschaftlichen Betrieben die Ober-Präfekten angewiesen, den Aufsichtsbehörden die Beaufsichtigung des Betriebes der Maschinen zur strengen Pflicht zu machen und auf die Einführung von Schutzvorrichtungen hinzuwirken.

[Straßburg, 9. März. [Der Statthalter und die Gemeindeverwaltung von Straßburg.] Der „N-Zig.“ schreibt man: Der Statthalter von Elsass-Lothringen, General-Feldmarschall Frhr. v. Manteußel, hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Ausnahmestand bezüglich der Straßburger Gemeindeverwaltung möglichst bald zu beseitigen. Um diesem Ziele näher zu kommen, hat er den bisherigen Verlauf der Stadterweiterungsfrage und die Tätigkeit des Bürgermeisterverwalters Bäck dabei der Kritik der Bürgerschaft unterbreitet. Wenn es gelingt, auf diesem Wege der Überzeugung Eingang zu schaffen, daß in dieser Angelegenheit die zukünftige Wohlthat der Stadt und ihre finanziellen Interessen nach Möglichkeit gewahrt und gefördert sind, so ist damit allerdings viel erreicht. Denn eher an die Einführung einer aus Wahlen der Gemeindevertretung hervorgegangenen Stadtverwaltung gedacht werden kann, muß die Gemeinheit der Gemeindewähler vorherrschen, die Verpflichtungen, welche Herr Bäck während seiner Amtszeit am 1. April 1880 der Stadt eingegangen ist, rücksichtslos anzuerkennen und die Verantwortung für ihre Erfüllung zu übernehmen. So lange Gemeindewahlen mit Prolet oder mit Vorbehalt in Aussicht stehen, bleibt die Fortdauer des Interimistismus unvermeidlich. Weiters die wichtigste Frage, um die es sich hierbei handelt, betrifft die Stadterweiterung. Es läßt sich ja nicht in Abrede stellen, daß die Ordnung einer innerhalb der Bürgerschaft Jahr ein Jahr aus die Meinung gefestigt worden ist, daß das Abkommen mit dem Militärfiscus einspielt nicht den städtischen Interessen und lege der Stadt unbillige und unerschwingliche Opfer auf, ist leicht erklärlich. Wenn die Straßburger Bürgerschaft indes heute genötigt wird, den auf Anlaß des Statthalters veröffentlichten Rechenschaftsbericht in der Richtung des Thatsächlichen zu prüfen, so darf man hoffen, daß die herrschenden Vorurtheile erschüttern und der Weg zum Einlenken geebnet wird. — Welchen Werth die Hinausschiebung der Festungswerke Straßburgs für Handel und Industrie, für die Gesundheit und Behaglichkeit der Einwohner hat, das entzieht sich der Schätzung nach einer bestimmten Summe Geldes. Soviel steht indeß fest, daß in analoger Fällen zahlreiche größere Städte schwierig pecuniäre Opfer auf sich genommen haben, die im ersten Augenblick unerschwinglich und außer Verhältniß erscheinen, um bald nachher zu erkennen, daß sie keinen Grund hatten, ihre Entschließung zu bereuen. Es soll damit keineswegs gesagt sein, daß der Militärfiscus in seinem Anforderungen gerade billig ist und den städtischen Interessen besonders bereitwillig entgegenkommt. Das hat er auch bezüglich Straßburgs nicht gethan, für die Erneuerung der Festungswerke waren durch Gesetz vom 8. Juli 1872 nur 3 Millionen zur Verfügung gestellt. Durch die Hinausschiebung der Umwallung sind die Kosten auf 20 Millionen gesteigert, die Differenz von 17 Millionen hat die Stadt Straßburg in Annuitäten von je 1 Million von 1879 ab zinsfrei zu zahlen. Dafür erhält sie zur freien Disposition eine Baustelle von rund 184 Hectar, wovon 142 Hectar innerhalb 42 Hectar außerhalb der neuen Umwallung liegen. — Der Bericht des Herrn Bäck constatiert, daß allein durch den Verlauf des Bauteams die obige Summe reichlich gedeckt werden würde, wenn nur der Verkauf innerhalb der Frist von 15 Jahren vollständig durchgeführt werden könnte. Im vorigen Jahr sind bereits 658,000 M. an Kaufgeldern eingegangen, die Vergütung für den Bauplatz der Universität beträgt allein über 1 Million Marl. Allerdings treten zu dem Kaufpreise noch die Kosten der neuen Strafanlagen im Gesamtbetrag von über 8 Millionen Marl.; die selben finden indes durch eine von den Käufern der Baustellen zu ent-

richtende Strafgebühr (Gesetz vom 21. Mai 1879) und andere Mehreinnahmen vollständige Deckung. Zur Abzahlung der Jahresabgaben auf die 17 Millionen soll, soweit die Verkaufserlöse nicht ausreichen, eine Anleihe bis zum Betrage von 7 Millionen Marl. aufgenommen werden. Ihre Verzinsung und Tilgung kann der Staat, die in den letzten fünf Jahren durchschnittlich jährlich 569,713 Marl. Überschüsse bei ihrem laufenden Budget erzielt hat, um so weniger schwer fallen, als eine weitere Steigerung dieser Überschüsse gesichert scheint. — Die Anerkennung, welche Herr v. Manteußel dem Bürgermeister-Berwalter öffentlich dahin ausspricht, daß er durch Abschluß des Vertrages moralischen Mut bewährt, daß er in allen Verhandlungen die Interessen der Stadt mit Umsicht vertreten, daß er mit Vorsicht und Sorgfalt den Plan zur Abtragung der finanziellen Verbindlichkeiten entworfen, scheint uns nach dem vorliegenden Bericht eine verdiente. Wenn man die zeitige Finanzlage derjenigen deutschen Städte, welche ähnlichen großen Aufgaben gerecht zu werden haben, in Betracht zieht, so erscheinen die Straßburger Verhältnisse im Vergleich dazu außerordentlich günstig, ja geradezu berausendswert. Straßburg hat die Sympathien Deutschlands in vollem Maße; der Nachweis, daß die Grundlage für dessen Aufblühen und Entwicklung von geschickter Hand und mit umsichtigem Blick gelegt sind, wird überall mit Genugtuung entgegengenommen werden. Wir wollen nun abwarten, ob sich nun endlich die Straßburger Bürgerschaft entschließt, aus dem Schmollwinkel herbor zu kommen und das bisher Gebliebene, wenn es auch ohne ihre Mitwirkung und Zustimmung erreicht ist, mit gebührender Anerkennung zu weiterer Pflege und Entwicklung in die eigene Hand zu nehmen.

Rußland.

[Verhaftungen in Petersburg.] Die am 6. d. mit einer gewissen Sicherheit verbreitete Nachricht von einem neuen auf den Czaren verübten Moroversuch hat glücklicherweise keine Bestätigung gefunden. Man hatte erzählt, eine Revoluzzer habe dem Kaiser den Arm durchbohrt, gerade in dem Augenblick, als er die große Cavallerie-Kaserne verließ. Das Gerücht mag seinen Ursprung in einem durch eilige Individuen ausgeschütteten ruchlosen Scherz gesunden haben, welche die Hauptstraße Petersburgs durchfuhren und dabei drei Schüsse gegen öffentliche Gebäude abfeuerten. Der Pariser „Lanterne“ zufolge scheint es indessen außer Zweifel zu stehen, daß die Geheimpolizei ein neues Complot entdeckt habe. Ihre Agenten beobachteten schon seit geraumer Zeit ein in dem Viertel Petersburgs städtische Storona isolirt stehendes Haus, dessen Fenster sie — ungeachtet der geschlossenen Jalousien — während der ganzen Nacht beleuchtet sahen. Die in ungewöhnlich großer Zahl in das Haus eingedrungenen Detectives fanden indessen dasselbe ganz verödet und von seinen Bewohnern ancheinend schon lange verlassen. Die Lichter brannten, und Unordnung herrschte überall. Aber die Polizei hatte sich nicht getäuscht, denn bei ihrer Rücksicht am anderen Morgen überraschte sie einen Theil der Revolutionäre. Unter den Verhafteten befinden sich zwei der gefürchteten Nihilisten, auf welche schon lange gefahndet wurde. Die Polizei soll in dem Hause überaus wichtige Papiere vorgefundene haben, durch welche einige dem Czar sehr nahe stehende Würdenträger auf das höchste compromittiert werden; die schwerwiegendsten Enthüllungen sollen durch diese Documente zu Tage gefordert werden. Auf welche Weise waren die Verschworenen des Abends vorher verschwunden? Unter dem Parterre-Geschäft befindet sich ein Keller, aus welchem ein 200 Meter langer Gang in die Kellerräume eines benachbarten Hauses führt. Die Falltür, welche den Zugang zu diesem Keller schließt, war so geschickt angebracht, daß sie nur durch das feinste Spürauge des gewandtesten Polizeiagenten entdeckt werden konnte. Als sie eintraten, sahen sie, wie einer der Verschworenen flüchtete und die Thüre über seinem Kopfe fallen ließ. So wurde der Zugang gefunden. In Folge dieser Entdeckung sollen über 800 Personen verhaftet sein. Man arbeitet ohne Unterlaß. Petersburg ist nur noch ein großes Gefängnis, wo es weder Eltern noch Freunde, sondern lediglich noch Furcht vor der Polizei gibt. Und die Wahrheit ist ferner, daß die Stadt im wahren Sinne des Wortes untermint ist.“

Provinzial-Beitung.

* Breslau, 8. März. [Bei dem Kaiserlichen Postamte in Neumarkt,] Reg.-Bez. Breslau, wird vom 16. März d. J. ab für den Telegraphenbetrieb der volle Tagesdienst eingeführt.

[Personal-Nachrichten.] Bestätigt: die Vocationen für den bisherigen Lehrer Großmann in Alt-Weißbach zum Lehrer an der evangelischen Schule in Jacobsdorf, Kreis Liegnitz, für den Seminar-Abiturienten Fischer zum Lehrer an der evangelischen Schule in Neudorf, Kreis Löben, für den bisherigen Lehrer Anders in Mochholz zum Lehrer an der evangelischen Schule in Siebeneichen, Kreis Löwenberg, für den bisherigen Lehrer Schmidt in Landeshut zum Lehrer an der evangelischen Schule in Alt-Weißbach, Kreis Landeshut, die erfolgte Wiederwahl des Rentiers Prüfer in Grünberg zum unbesoldeten Stadtrath und die Wahl des Wachswarenfabrikanten Etschweiler in Freystadt zum unbesoldeten Rathmann. — Uebertragen: dem Vicar Anders in Neusalz die Local-Inspection über die Schulen in Tschietz, Rötsch, Alt-Tschietz und Naumburg-Liebischütz, dem Pastor Schneider in Kroitsch die Local-Schul-Inspection über die Schulen in Kroitsch, Wildschütz und Cratz und dem Pastor Gloeß zu Bärzdorf die Local-Schul-Inspection über die Schule in Fuchsgrün. — Bestätigt: die Vocationen für den Lehrer der hiesigen Elementarschulen und 300 M. Subvention dem hiesigen Lehrerbverein b. huis wiedriger Aufnahme der zu Bünzten d. J. hier tagenden schlesischen Lehrers- und Pestalozzi-Vereine. — Der Schuleinlassestätat in Höhe von 153,662,09 M. und der Kämmereratstat in Höhe von 259,091,33 M. wurde genehmigt. Die Wilhelmsschule hält am 11. d. M. ihre öffentlichen Prüfungen ab. Die Anstalt wird von 359 Schülern besucht, worunter 28 auswärtige, 21 katholisch, 18 jüdisch, 4 Dissidenten sind. Die höhere Töchterschule, welche am 18. d. M. ihre Prüfungen abhält, wird von 312 Schülerinnen besucht, worunter 29 auswärtige, 13 katholisch und 55 jüdisch sind. Das mit der Anstalt verbundene Lehrerinnen-Seminar zählt 29 Besucherinnen. — Sonnabend Abend feierte der technische Verein sein Stiftungsfest unter außerordentlich lebhafter Theilnahme von Mitgliedern und Gästen. — Der 64jährige Arbeiter Grabs fiel vorgestern in den an der Promenade belegenen, kaum einen Fuß Wasser haltenden Biegenteich und ertrank. Wahrscheinlich hatte sich derselbe in trunkenem Zustande befunden, da er sich sonst wohl retten könnten, zumal menschliche Hilfe bald zur Hand war.

= Constadt, 9. März. [Jahrmärkt. — Maschinen-Ausstellung.] Am 8. d. M. fand hier Kram- und Viehmarkt statt. Leichter war sehr hart besucht; dagegen zeigte sich bei dem Krammarkt wenig Kauflust. C. Großmann aus Namslau hatte von seiner hiesigen Niederlage eine stattliche Collection hauptsächlich im Frühjahr nötiger Maschinen und Geräte zur Ausstellung gebracht. Die röhrichtlich bekannten Sach'schen Drillmaschinen in 3 verschiedenen Größen, sowie die nicht minder als vorzüglich anerkannten Sach'schen Universalpflüge mit 4 Umlaufungen, dreiteiligem Schälpflug und Untergrundpflug fanden seitens der Landwirthe viel Beachtung, ebenso Mayer'sche Triant-Plowern, Ringelwalzen, Rübenschneider und Hackselmaschinen. Es war dies, das erste Mal, daß unserem landwirtschaftlichen Publikum eine derartige Muster-Ausstellung in nächster Nähe geboten wurde und zwar in anerkannt vorzüglichen Specialitäten.

○ Lublin, 8. März. [Concert. — Brumme. — Schule.] Nach nicht unbedeutender Pause in am vorigen Sonntage der hiesigen Männergefangen wieder einmal mit einer größeren Produktion an die Öffentlichkeit getreten. Der Dirigent, Lehrer Ruske, hatte für das Concert die W. Lohmeyer'sche Preiscomposition „Eine Nacht auf dem Meere“ gewählt und dieselbe wohl eingehaft. Den Verein unterstützten geschätzte Dillettanten von hier und auswärts durch Solovertreäge. Der Beifall des Concerts war ein sehr starker. — Aus dem Verein heraus hat sich auf Anregung des Solotenoristen Barth eine humoristische Musikgesellschaft gebildet, welche beabsichtigt, den Titel „Brumme“ anzunehmen und im nächsten Monate zum ersten Male öffentlich aufzutreten. Was wir bis jetzt von ihren Leistungen zu hören Gelegenheit hatten, ist schon recht anerinnenswert. — Am 1. April werden endlich alle Lehrerstellen an unserer Simultan-Schule wieder-

befestigt sein, nachdem die zweite derselben, durch den am 1. Mai 1879 erfolgten Tod ihres Insabers Wunsch erledigt, durch den Herrn Majazet Rector Jubilar Rentschmidt seit einigen Wochen erkrankt ist. In den nächsten Tagen werden unsere Lehrer mit dem Kreis-Schulinspector treten. Gegenwärtig versuchen 5 Lehrer 7 Klassen, da alle von den Schülern gebrachten, gedruckten Bücher die alte Orthographie besitzen. Wie werden unsere jüngeren Söhne und Töchter z. B. darin finden, beim Abschreiben aus dem Lesebuch oder von der Leitafel die neue Lehre mit der alten, bisher als gut befundenen in Einklang zu bringen.

Nachrichten aus der Provinz Posen.

.... r. Poln.-Lissa, 8. März. [Vorschubverein] In der diesjährigen General-Versammlung am gestrigen Nachmittage trug der Vereins-Vorstand Herr Tschöpe, den Rechenschaftsbericht vor, dem wir folgend entnehmen: Die Mitgliedszahl betrug am 1. Januar d. J. 1345 mit dem Begriff der Filialen Neisen, Schmiegel, Schwedt und Storchest. Im vergangenen Rechnungsjahr betrug die Einnahme rund 1,818,593 Marl., darunter das Mitglieder-Guthaben 23,547 Marl., zurückgezahlte Vorschüsse 1,502,068 M., die Spareinlagen 217,239 M., die vereinahmten Anteile 25,527 M., und die Ausgabe mit der Einnahme balancirend 1,818,593 M., darunter zurückgezahlte Mitglieder-Guthaben 20,254 M., ausgleichende Vorschüsse 1,505,985 Marl., zurückgezahlte Spareinlage 193,186 M., Binsen 12,308 M. Am Jahresende betrug der Kassenbestand 70,470 M., der Reiterbetriebs 10,354 M., und der Reinewinn 940 Marl. Aus demselben bewilligte die General-Versammlung eine Dividende von 8 Prozent, ermäßigte ferner den Vorstand und Ausschuß zur Aufnahme von Geldern in Betriffen fälligen bis zur Höhe von 18,000 M., wählte die ausscheidenden Ausschusmitglieder, die Herren Gebel, Samter und von Putzky und erhielt die Decharge der vorjährigen Rechnung.

Vorträge und Vereine.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.

In der Sitzung der naturwissenschaftlichen Section vom 4. Febr. 1880 sprach Herr Privatdozent Dr. Gustav Joseph über anatom. und biologisches Verhalten einer am Strand der Nordsee von Helgoland und Sylt einheimischen Fliege (*Actora aestuosa Meig.*). Das zur großen Familie der Musciden, speziell zur Gruppe der Dryomyzinen gehörige, 10 bis 15 Millimeter große Thier hält sich stets in der Nähe der Meeresbrandung auf und reicht den von Meiger gewählten Namen. Guerin u. a. Forster haben es auf dem Schaum der Wogen oder auf dem, am Strand schwimmenden, Lang. Der Vortragende fand es an gleichen Orten und in den Furchen, welche die Brandung auf dem Sande zurückläßt. Das Schenkel der Fliege sind in der Brandung stets trocken zu bleiben, verhindert sie einen wachstumsartigen Angriff auf dem feuchten Sand wieder zu beginnen. Überflutung von Sturmwellen sorgt das Thier nicht zu belästigen, die Fliege war bald wieder an der Oberfläche des Wassers und war auf dem Sande sogleich wieder anfliegert. Zustände, ohne daß ihr Körper bereit war. Das Meiger wieder in die Furchen, welche vom Meerwasser der Schwimmenden Bogen-Bogel, in Berlinform von ihr herab. Die Eigenschaft stets trocken zu bleiben, verhindert sie einem wachstumsartigen Angriff auf dem feuchten Sand wieder zu beginnen. Überflutung von Sturmwellen sorgt das Thier nicht zu belästigen, die Fliege war bald wieder an der Oberfläche des Wassers und war auf dem Sande sogleich wieder anfliegert. Zustände, ohne daß ihr Körper bereit war. Das Meiger wieder in die Furchen, welche vom Meerwasser der Schwimmenden Bogen-Bogel, in Berlinform von ihr herab. Die Eigenschaft stets trocken zu bleiben, verhindert sie einem wachstumsartigen Angriff auf dem feuchten Sand wieder zu beginnen. Überflutung von Sturmwellen sorgt das Thier nicht zu belästigen, die Fliege war bald wieder an der Oberfläche des Wassers und war auf dem Sande sogleich wieder anfliegert. Zustände, ohne daß ihr Körper bereit war. Das Meiger wieder in die Furchen, welche vom Meerwasser der Schwimmenden Bogen-Bogel, in Berlinform von ihr herab. Die Eigenschaft stets trocken zu bleiben, verhindert sie einem wachstumsartigen Angriff auf dem feuchten Sand wieder zu beginnen. Überflutung von Sturmwellen sorgt das Thier nicht zu belästigen, die Fliege war bald wieder an der Oberfläche des Wassers und war auf dem Sande sogleich wieder anfliegert. Zustände, ohne daß ihr Körper bereit war. Das Meiger wieder in die Furchen, welche vom Meerwasser der Schwimmenden Bogen-Bogel, in Berlinform von ihr herab. Die Eigenschaft stets trocken zu bleiben, verhindert sie einem wachstumsartigen Angriff auf dem feuchten Sand wieder zu beginnen. Überflutung von Sturmwellen sorgt das Thier nicht zu belästigen, die Fliege war bald wieder an der Oberfläche des Wassers und war auf dem Sande sogleich wieder anfliegert. Zustände, ohne daß ihr Körper bereit war. Das Meiger wieder in die Furchen, welche vom Meerwasser der Schwimmenden Bogen-Bogel, in Berlinform von ihr herab. Die Eigenschaft stets trocken zu bleiben, verhindert sie einem wachstumsartigen Angriff auf dem feuchten Sand wieder zu beginnen. Überflutung von Sturmwellen sorgt das Thier nicht zu belästigen, die Fliege war bald wieder an der Oberfläche des Wassers und war auf dem Sande sogleich wieder anfliegert. Zustände, ohne daß ihr Körper bereit war. Das Meiger wieder in die Furchen, welche vom Meerwasser der Schwimmenden Bogen-Bogel, in Berlinform von ihr herab. Die Eigenschaft stets trocken zu bleiben, verhindert sie einem wachstumsartigen Angriff auf dem feuchten Sand wieder zu beginnen. Überflutung von Sturmwellen sorgt das Thier nicht zu belästigen, die Fliege war bald wieder an der Oberfläche des Wassers und war auf dem Sande sogleich wieder anfliegert. Zustände, ohne daß ihr Körper bereit war. Das Meiger wieder in die Furchen, welche vom Meerwasser der Schwimmenden Bogen-Bogel, in Berlinform von ihr herab. Die Eigenschaft stets trocken zu bleiben, verhindert sie einem wachstumsartigen Angriff auf dem feuchten Sand wieder zu beginnen. Überflutung von Sturmwellen sorgt das Thier nicht zu belästigen, die Fliege war bald wieder an der Oberfläche des Wassers und war auf dem Sande sogleich wieder anfliegert. Zustände, ohne daß ihr Körper bereit war. Das Meiger wieder in die Furchen, welche vom Meerwasser der Schwimmenden Bogen-Bogel, in Berlinform von ihr herab. Die Eigenschaft stets trocken zu bleiben, verhindert sie einem wachstumsartigen Angriff auf dem feuchten Sand wieder zu beginnen. Überflutung von Sturmwellen sorgt das Thier nicht zu belästigen, die Fliege war bald wieder an der Oberfläche des Wassers und war auf dem Sande sogleich wieder anfliegert. Zustände, ohne daß ihr Körper bereit war. Das Meiger wieder in die Furchen, welche vom Meerwasser der Schwimmenden Bogen-Bogel, in Berlinform von ihr herab. Die Eigenschaft stets trocken zu bleiben, verhindert sie einem wachstumsartigen Angriff auf dem feuchten Sand wieder zu beginnen. Überflutung von Sturmwellen sorgt das Thier nicht zu belästigen, die Fliege war bald wieder an der Oberfläche des Wassers und war auf dem Sande sogleich wieder anfliegert. Zustände, ohne daß ihr Körper bereit war. Das Meiger wieder in die Furchen, welche vom Meerwasser der Schwimmenden Bogen-Bogel, in Berlinform von ihr herab. Die Eigenschaft stets trocken zu bleiben, verhindert sie einem wachstumsartigen Angriff auf dem feuchten Sand wieder zu beginnen. Überflutung von Sturmwellen sorgt das Thier nicht zu belästigen, die Fliege war bald wieder an der Oberfläche des Wassers und war auf dem Sande sogleich wieder anfliegert. Zustände, ohne daß ihr Körper bereit war. Das Meiger wieder in die F

Berliner Börse vom 9. März 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	99,60 bz
Consolidierte Anleihe	4	105,93 bz
do. do. 1876	4	99,50 bz
Staats-Anleihe	4	92,60 bz
Staats-Schuldscheine	3½	55,95 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144,50 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,75 bz
Berliner	4	103,90 G
Pommersche	3½	96,20 bz
do.	4	100,00 bz
do. Lndch.Crd.	4½	103,10 bz
Posensche neu.	4	99,10 bz
Schlesische	3½	91,40 G
Landschafts-Central	4	100,00 bz
Kun. u. Neumärk.	4	99,75 bz
Pommersche	3½	99,75 bz
Posensche	4	99,70 B
Preussische	4	99,60 G
Westfäl. u. Rhein.	4	99,75 bz
Sächsische	4	99,30 B
Badische Präm.-Anl.	4	136,75 G
Baierische Präm.-Anl.	4	135,00 G
do. Anl. v. 1875	4	99,00 G
Cöln-Mind. Prämiasch	3½	133,75 bz
Sächs. Rente von 1876	3	76,30 G

Hypothen-Certificate,	
Krapp'sche Partial-Ob.	1½
Unk.Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½
do. do.	4
Deutsch-Hyp.-Bk.-Pfd.	4½
do. do.	4
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½
Unkünd. do. (1872)	5
do. rückz.b. a 110	5
Unk.Hd.Pd.Bd.-Crd.-B.	4½
do. III. Em. do.	5
Kündbr.Hyp.Schuld. do.	5
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B.	5
do. Pfandbr.	5
Pomm. Hyp.-Briefe	5
do. do. II. Em.	5
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5
do. do. II. Em.	5
do. 50/Pfr.Krzklb.110	5
do. 4½ do. do. m.110	4½
Weininger Präm.-Pfd.	5
do. d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5
Zihls. Boderer.-Pfdbr.	5
do. do. do. Cred.-Pfdbr.	4½
do. 4½ do. Cred.-Pfdbr.	4½
do. do. do. 4½	4½

Ausländische Fonds.

Oest. Si.-Bur.-B. (1.1./1.)	4½	61,40-50 bz
do. (1.4./10.)	4	61,40-50 bz
Goldraute	4	72,80-90 bz
do. Papierrente	4½	61,00 bz
do. 54er Präm.-Anl.	5	113,90 bz
do. Lott.-Anl. v. 60	5	124,50 bzB
do. Credit-Losse	4	346,00 bz
do. 64er Losse	4	308,80 bz
Euss. Präm.-Anl. v. 64	5	151,00 bz
do. do. 1886	5	151,00 bz
do. Orient-Anl.v.1877	5	39,50 bz
do. II. do. 1878	5	59,60-59,70 bz
do. III. do. v. 1878	5	59,50 bz
do. Anleihe 1877	5	87,40 bzB
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	78,30-78,40bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	—
Euss.-Poln.Schatz-Ob.	4	89,90 bz
Poin. Liquid.-Pfdbr. III. Em.	5	63,60 bz
Poin. Pfdbr. III. Em.	4	56,75 etbzG
Amerik. rückz.p. 1881	5	101,50 bz
do. 50% Anleihe	5	101,25 G
Ital. 50% Anleihe	5	—
Baab-Grazer 100 Thlr.L	4	92,10 bzG
Rumanische Anleihe	8	109,00 B
Türkische Anleihe	11	10,00 bzG
Ungar. Goldrenten	6	87,65-89,90 bz
Ung. 50% St.-Eianb.-Anl.	5	85,00 G
Schwedische 10 Thlr.-Loose	5	—
Flanische 10 Thlr.-Loose 49,90 bz	5	—
Türkische 30,75 bzB	5	—

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien.

Ergebnisse der Börse vom 9. März 1880

Ergebnisse der B